

**BAHÁ'Í
INTERNATIONAL
COMMUNITY**

6. September 2016

Seiner Exzellenz Hassan Rouhani
Präsident
der Islamischen Republik Iran

Eure Exzellenz,

das Büro der Internationalen Bahá'í-Gemeinde bei den Vereinten Nationen, welches die Bahá'í in mehr als 230 Ländern und Territorien auf fünf Kontinenten vertritt, möchte mit allem Respekt Ihre Aufmerksamkeit auf den krassen Widerspruch lenken, der zwischen den Aussagen der Regierung der „Besonnenheit und Hoffnung“ besteht in Bezug auf „die Schaffung von Gerechtigkeit für alle Iraner gleichermaßen“ und die „Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verringerung der Arbeitslosigkeit“ auf der einen Seite, und die der Bahá'í-Gemeinde in Ihrem Land auferlegte unnachgiebige wirtschaftliche Unterdrückung auf der anderen Seite, und wir bitten um sofortige Überprüfung der Angelegenheit. Diese wirtschaftliche Unterdrückung dauert nun bereits vier Jahrzehnte an, und leider gibt es seit dem Amtsantritt Ihrer Regierung keine Anzeichen für eine Verbesserung.

Bahá'í sind Teil der Gesamtheit der Bürger desselben Landes, dessen unterschiedliche Völker Eure Exzellenz in einer Ihrer jüngsten Reden mit den „Zweigen eines starken Baum namens Iran“ verglichen hat. Die Geschichte der letzten 170 Jahre bestätigt ihre Treue und ihre konstruktiven Beiträge für ihr geliebtes Heimatland. Ungeachtet der Ansichten einiger Machthaber bezüglich der religiösen Glaubensgrundsätze der Bahá'í und deren Ausübung wird der Grundsatz, dass alle Bürger Anspruch auf gleiche Grundrechte haben, von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte unterstützt, durch die eigene Verfassung der Islamischen Republik Iran bestätigt und als eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Schaffung einer aufgeklärten Gesellschaft gesehen. Seit der Begründung des Bahá'í-Glaubens im Iran im Jahr 1844 gefährdet heftige und fortgesetzte Gegnerschaft seitens der von den jeweiligen Regierungen unterstützten religiösen Fanatiker ununterbrochen Person, Lebensunterhalt und Eigentum der Anhänger des Bahá'í-Glaubens, einschließlich ihrer heiligen Stätten und bis hin sogar zu ihren Friedhöfen. Nach der Islamischen Revolution im Jahre 1979 nahm die Verfolgung eine andere Wendung und wurde zu einer wesentlichen politischen Linie der Regierung des Iran. Es ist nicht Ziel dieses Schreibens, all die zahlreichen Arten der Unterdrückung detailliert aufzulisten, die den iranischen Bahá'í zugefügt wurden – denn das würde diesen Brief zu einer wahren Abhandlung machen – sondern eher eine Zusammenfassung der wirtschaftlichen Einschränkungen zu geben, mit denen sie seit fast 40 Jahren konfrontiert sind.

In den frühen Tagen der Revolution wurden tausende Bahá'í-Angestellte in Ministerien, Abteilungen und anderen Regierungseinrichtungen ohne Entschädigung von ihren Posten vertrieben; Rentenzahlungen wurden eingestellt und einige wurden sogar gezwungen, die während ihrer langjährigen Beschäftigung erworbenen Gehälter zurückzuzahlen. Bahá'í-Arbeiter

wurden aus Fabriken und Unternehmen verdrängt, die ganz oder teilweise im Besitz der Regierung waren – ohne Entschädigung für ihre jahrelange Arbeit, ohne jegliche Abfindungszahlungen oder ihnen rechtmäßig zustehende Versicherungsleistungen. Das Verbot der Beschäftigung von Bahá'í im öffentlichen Sektor ihrer Heimat bleibt voll in Kraft.

Nachdem die Bahá'í von den Arbeitsplätzen in der Regierung vollständig ausgeschlossen worden waren, wurde die Aufmerksamkeit auf den privaten Sektor gelenkt. Verschiedene Methoden, wie Unternehmen unter Druck zu setzen, ihre Bahá'í-Mitarbeiter zu entlassen, Banken zu zwingen, die Konten ihrer Bahá'í-Kunden zu sperren, und die Anwendung diskriminierender Taktik um zu verhindern, dass Projekte an entsprechend qualifizierte Bahá'í vergeben werden, wurden verwendet, um die wirtschaftlichen Aktivitäten der Bahá'í in diesem Sektor massiv einzuschränken. Unter dem irrationalen und beleidigenden Vorwand, sie seien religiös „unrein“, wurde es den Bahá'í verboten, sich in einem weiten Bereich von Branchen und Berufen zu betätigen. Das Ausstellen oder Verlängern von Betriebsgenehmigungen für Bahá'í in anderen Branchen wird oft durch zahlreiche Hindernisse und bewusste Verzögerungen behindert. So viele florierende Bauernhöfe wurden durch die Beschlagnahme von Bahá'í-Liegenschaften auf der Basis fadenscheiniger Anschuldigungen hart arbeitenden Bauern entrissen, von denen einige zuvor Anerkennungsschreiben von der Regierung erhalten hatten, und so viele gutgehende Fabriken und Unternehmen wurden geschlossen. Unzählige Fälle von Ungerechtigkeit – wie zum Beispiel, als einem Taxifahrer die Lizenz verweigert wurde und man ihm ausdrücklich erklärte, es sei aufgrund seines Glaubens, oder als ein Kiosk, dessen Besitzer körperbehindert war, immer wieder mutwillig zerstört und schließlich konfisziert wurde, weil „ein Bahá'í kein Recht auf Arbeit hat“, oder wenn den Bahá'í in einer Provinz willkürlich das Recht verweigert wurde, Waren aus anderen Provinzen im Iran zu importieren – alle werden mit dem völlig grundlosen Vorwand gerechtfertigt, es sei ein Kampf gegen die „Bedrohung der nationalen Sicherheit“. Seit einigen Jahren sehen sich viele Bahá'í mit einem neuen Problem konfrontiert: Wenn sie ihre Geschäfte an einem der Bahá'í-Feiertage schließen, von denen es nur wenige über das ganze Jahr verteilt gibt, dann versiegeln die Behörden ihre Unternehmen und drohen mit Entzug ihrer Genehmigungen.

Parallel zu den oben genannten Aktionen wurden viele Besitztümer der Bahá'í-Gemeinde, einschließlich heiliger Stätten, Verwaltungsgebäuden, Friedhöfen und sogar philanthropischer Stiftungen ohne jegliche juristische Rechtfertigung beschlagnahmt; wertvolles Eigentum, das der Gemeinde im Laufe der Jahre gespendet worden war, wurde geplündert; Finanzinstitute, bei denen erhebliche Ersparnisse lagen – einige im Namen von Bahá'í-Kindern – wurden enteignet. In den Städten gingen derartige Beschlagnahmungen oft mit Inhaftierungen einher und in einigen Fällen sogar mit Hinrichtungen von Bahá'í, während sie in ländlichen Gebieten meistens unter Anwendung von Nötigung und physischer Gewalt durchgeführt wurden.

Die wirtschaftlichen Folgen, die daraus entstehen, dass der Bahá'í-Jugend die Chance verweigert wird, ihre gottgegebenen Talente zu entwickeln, sind erheblich schwerwiegender als viele andere Arten der Unterdrückung. Es gibt eine große Zahl an Bahá'í-Künstlern oder -Sportlern, die daran gehindert wurden, ihre offensichtlichen Begabungen auszubauen und eine erfolgreiche Karriere in ihren jeweiligen Bereichen zu verfolgen. Ebenso gibt es viele, die von dem leidenschaftlichen Wunsch beseelt sind, ihr Studium fortzusetzen; da ihnen aber die Aufnahme an Schulen für Hochbegabte oder an Universitäten verwehrt ist, müssen sie

zusehen, wie ihre Weiterentwicklung durch die Bildungseinrichtungen des Landes auf grausame Weise blockiert wird. Schon kurz nach der Revolution haben die Verantwortlichen für die kulturellen Aspekte der Islamischen Republik nicht nur akademische Fachkräfte von den Universitäten verwiesen, sondern auch Bahá'í-Studenten, von denen einige nur noch wenige Monate vor dem Abschluss ihres Studiums standen; und neue Bahá'í-Studenten wurden nicht an Universitäten zugelassen. Diese Ausweisungen wurden formal zur Regierungspolitik erklärt, als im Jahr 1991 der Oberste Rat der Kulturrevolution eine gesetzliche Regelung schuf, die offiziell den Bahá'í-Jugendlichen den Zugang zu Institutionen der höheren Bildung verwehrte. Der dritte Paragraph dieses Dokuments verbietet nicht nur die Immatrikulation von Bahá'í an Universitäten, sondern legt auch fest, dass Studenten, die man zu irgendeinem Zeitpunkt ihres Studiums als Bahá'í identifiziert, sofort ausgeschlossen werden und ihnen jegliche weitere Ausbildung verweigert wird.

Darüber hinaus sind die Bahá'í weiteren Verfolgungsaktionen ausgesetzt, die alle außerordentlich negative wirtschaftliche Folgen haben, darunter wiederholte Angriffe auf ihre Häuser sowie Plünderungen ihres Eigentums, illegale Verhaftungen aufgrund von angeblichen „Verbrechen“ und die Einsetzung extrem hoher Kautionssummen, rechtliche Einschränkungen bei Erbschaften unter den Bahá'í und die Versuche, durch die Anwendung einer Anti-Bahá'í Politik Angst und Unsicherheit einzuflößen.

Herr Präsident,

diese wirtschaftliche Apartheid gegen einen bedeutenden Teil der iranischen Bevölkerung hat unbestreitbar negative Folgen für die wirtschaftliche Dynamik des Landes und hat letztendlich den Iran bedeutender personeller und finanzieller Ressourcen beraubt. Wie wird die Geschichte über diejenigen urteilen, die dieses System wirtschaftlicher Strangulierung geplant und ausgeführt haben? Wie kann es die Politik einer Regierung sein, einen Teil ihrer eigenen Gesellschaft in Armut zu stürzen? Wie werden diejenigen, die für die finanziellen, sozialen und psychologischen Folgen dieser Diskriminierungen verantwortlich sind, rechtfertigen, was sie getan haben? Welche religiöse oder bürgerliche Norm lässt einen geplanten Ausschluss eines Bevölkerungsteils von der Teilnahme am Wirtschaftsleben des eigenen Landes zu? Wie kann inmitten solchen systematischen Unrechts weiterhin vom Aufbau einer gerechten und fortschrittlichen Gesellschaft geredet werden? Welche Garantie gibt es, dass nicht andere Teile der Bevölkerung dieselbe Diskriminierung mit ähnlichen Ausreden erleben werden? Welche Antworten könnten die Besorgnis ausräumen, die von informierten Iranern angesichts dieser Unterdrückung ihrer Mitbürger geäußert wird? Wie kann der Widerspruch zwischen diesen aufgezwungenen Entbehungen und dem Wunsch nach wirtschaftlicher Entwicklung des Iran durch Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft in Einklang gebracht werden? Wie lassen sich die Diskriminierungen gegen die Bahá'í mit den von angesehenen Vertretern der Islamischen Republik bei internationalen Foren geäußerten Behauptungen vereinbaren, dass es das Ziel ihrer Regierung ist, die wirtschaftlichen Bedingungen des Landes für alle seine Bürger zu verbessern? Und vor allem: werden die zuständigen Behörden in einer Regierung, die für sich beansprucht, den Idealen des Islam verpflichtet zu sein, in der Gegenwart des allmächtigen Gottes solche Handlungen rechtfertigen können?

Es wäre lobenswert, wenn die Mitglieder der Regierung über die schädlichen Auswirkungen nachdenken würden, die diese Ungerechtigkeiten auf die iranische Gesellschaft ausüben, auf

die Jugend dieses Landes, die seine Zukunft ist, eine Jugend, die die Gleichwertigkeit und Würde von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Rasse und Glaubensbekenntnis in Ehren hält, und die sich der Tatsache bewusst ist, dass der Wohlstand und das Glück ihres Landes und seiner Bürger letztendlich auf keine andere Weise erreichbar sind. Die Frage, die diese vorausschauenden jungen Menschen für Ihre Exzellenz, als Hüter des Schutzes der Rechte aller Bürger des Iran, haben, ist diese: Da der Glaube an die Bahá'í-Religion kein Verbrechen ist, warum sehen sich dann die Bahá'í mit umfassenden Verletzungen ihrer bürgerlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte konfrontiert? Wie beklagenswert, dass aufgrund von tief verwurzelten Vorurteilen, der Verzerrung geschichtlicher Tatsachen und sklavischem Festhalten an Verschwörungstheorien, die Loyalität der Bahá'í gegenüber ihrem Land und ihre aufrichtigen Bemühungen zu seinem Wohl beizutragen, systematisch außer Acht gelassen werden, während einzelne bigotte Menschen die Freiheit haben, unbegründete Verleumdungen gegen sie zu verbreiten.

*Als das Vorurteil erschien, wurde die Tugend verborgen,
Hundert Schleier stiegen vom Herzen zu den Augen.*

Ihr erklärtes Ziel, dem Iran „Hoffnung, Ruhe und wirtschaftlichen Wohlstand“ zu bringen und innovative Wege zu finden, damit das Land aus dem Können und den Fähigkeiten aller seiner Bürger Nutzen ziehen kann, unabhängig von Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit oder Religion, ist lobenswert. Die Vision, die Sie beschrieben haben – „gleiche Bürgerrechte und Chancen für alle Menschen“ und „gerechte Verteilung des Reichtums, um den Lebensstandard der Menschen zu verbessern“ – ist nicht vergessen, und es gibt immer noch jene, die hoffen, dass sie in nicht allzu ferner Zukunft Zeugen der Erfüllung dieser hohen Ideale sein werden. Die Bahá'í im Iran lieben ihre Heimat von ganzem Herzen. Sie bemühen sich, bei der Errichtung einer fortschrittlichen und dynamischen Gesellschaft beizutragen. Sie glauben an die Einheit Gottes, die Einheit der Menschheit, und die Einheit der Religion. Sie betrachten die Förderung der Einheit und Harmonie als ihre moralische Pflicht, und trotz der schweren Unterdrückung, die sie ertragen, hegen sie keine Feindseligkeit gegenüber irgendeiner Behörde oder Person. Sie bemühen sich, ihre Kinder so zu erziehen, dass künftige Generationen, im Vertrauen auf geistige und materielle Ressourcen, befähigt werden, ihr Leben in den Dienst der Menschheit und ihres Land zu stellen. Es wäre angebracht, ein Umfeld zu schaffen, in dem die Erfahrungen der Bahá'í-Gemeinde, zusammen mit den Erfahrungen anderer Bürger, für den Fortschritt und die Weiterentwicklung des Landes verwendet werden könnten.

Es ist die Erwartung der Internationalen Bahá'í-Gemeinde, dass Sie Ihre Regierung aufrufen, eine sofortige Überprüfung der wirtschaftlichen Unterdrückung durchzuführen, die den Bahá'í, der größten nicht-muslimischen Minderheit in Ihrem Land, auferlegt ist, und die Hindernisse mit angemessener Geschwindigkeit nach und nach aus dem Weg zu räumen.

Hochachtungsvoll,
Bani Dugal
Principal Representative
Bahá'í International Community

Kopie: Ständige Vertretung der Islamischen Republik Iran bei den Vereinten Nationen